

im Hinblick auf den Umgang mit den slawischen Minderheiten vor dem Hintergrund der Rekrutierung von Zwangsarbeitern interessant. Auch die Suche nach lettischen und finno-ugrischen Bevölkerungsteilen im Inneren der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges und deren angestrebte Instrumentalisierung für eine großestnische oder großlettische Politik wären in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema, ist doch die deutsche Besatzungszeit als eine Art letztes Kapitel baltischer Eugenik zu verstehen, dessen genauere Untersuchung nachzutragen bleibt.

Tilman Plath, Greifswald

**Tilman Plath: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944, Essen: Klartext Verlag 2012, 502 S.**

Die baltischen Länder sind ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich unfreiwillige Arbeit unter deutscher Besatzung im Osten Europas sein konnte: Die im öffentlichen Bewusstsein für Zwangsarbeit emblematisch gewordenen Deportationen von tausenden in Eisenbahnwaggons gepferchten Menschen kamen hier nur punktuell vor. Mit diesem Thema hat sich Tilman Plath im vorliegenden Buch beschäftigt und dafür die in Vilnius, Rīga und Tallinn befindlichen substantiellen Aktenbestände – besonders Hinterlassenschaften der deutschen Zivilverwaltung – ausgewertet.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Zuerst werden die verschiedenen Akteure in der Arbeitseinsatzpolitik vorgestellt (S. 41-228), dann Mittel und Folgen dieser Politik mit „Perspektive auf die Betroffenen“ beschrieben (S. 229-450). Obwohl die Akteure alle dasselbe Ziel verfolgten – nämlich das Potential der besetzten Gebiete für die Interessen der deutschen Okkupation zu nutzen –, vertraten sie doch auch unterschiedliche Positionen. Am wichtigsten war die Zivilverwaltung, ihr oblag sowohl Planung als auch praktische Durchführung von Arbeit im Rahmen einer gelenkten Wirtschaft. Aber schon intern bestanden verschiedenartige Interessen: Die Wirtschaftsabteilungen wollten die Gebiete maximal ausbeuten, die Politischen Abteilungen dagegen ihre Regierbarkeit gewährleisten. Plath konstatiert einen „Gegensatz von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischem Nutzen“ (S. 79). Mit der Einsetzung von Fritz Sauckel als „Generalbevollmächtigtem für den Arbeitseinsatz“ 1942 kam ein weiterer Problemfaktor hinzu: Sauckel wollte die größtmögliche Menge von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten für den „Reichseinsatz“ herausholen, die Arbeitsbehörden im „Reichskommissariat Ostland“ (RKO) waren dagegen für das Funktionieren der eigenen Wirtschaft, darunter auch kriegswichtige Betriebe, verantwortlich. Eine wieder andere Komponente deutscher Politik waren rassenideologische Zielsetzungen, die einen Teil der Planungen für eine zukünftige Gestaltung Osteuropas und den Platz der baltischen Staaten darin bildeten. Dabei wurde der „rassische Wert“ der verschiedenen Bevölkerungen unterschiedlich eingeschätzt: Die Esten standen auf dem ersten Platz, dann folgten die Letten und die Litauer. Auch dies hatte Einfluss auf die Arbeitseinsatzpolitik. Plath weist auf das Ziel hin, eine „ethnisch einheitliche Bevölkerungsstruktur“ zu schaffen (S. 98), was durch Deportation zur Zwangsarbeit gefördert werden konnte (S. 93). Zukunftsplanungen fanden auf oberster Ebene in Berlin oder Rīga statt. Plath sieht einen Gegensatz zwischen oberen und unteren Ebenen und konstatiert, dass die unteren Verwaltungsbehörden zielorientierter

und pragmatischer waren (S. 99 f., 103 f.). Diese seien auch bereit gewesen, vom „deutschen ‚Herrenmenschengestus‘ abzurücken“ (S. 101). Letzterem wird man in dieser allgemeinen Form nicht zustimmen können; hier muss berücksichtigt werden, um welche Personen es sich jeweils handelte.

Die deutsche Verwaltung in den drei baltischen Staaten war als „Aufsichtsverwaltung“ (S. 183) konzipiert, der Unterbau bestand aus landeseigenen Verwaltungen, deren Exponenten in jedem „Generalkommissariat“ andere Bezeichnungen trugen. Für die Deutschen war die Kooperation mit der landeseigenen Verwaltung schon aus Mangel an eigenem Personal unerlässlich; dies verschaffte letzterer Handlungsspielräume, insbesondere zur Verringerung des „Reichseinsatzes“ in Deutschland (S. 224-228). Plath weist darauf hin, dass einheimische Beamte auf der unteren Ebene meist noch aus der Zeit der unabhängigen Republiken stammten (S. 225) und nimmt an, dass jene deshalb zu widerständigerem Verhalten neigten.

Ein weiterer Akteur war die Wehrmacht, die sowohl Interesse an der Produktion kriegswirtschaftlich notwendiger Güter und der Gestellung von Hilfstruppen („HiWis“ und „Panjefahrer“, S. 149) hatte, als auch einen Zugriff auf Arbeitskräfte in Gestalt von Kriegsgefangenen. Diese Verfügungsgewalt war allerdings beschnitten durch die „Planungshoheit der Arbeitsämter“ (S. 142 f.).

Schließlich sind SS und Polizeidienststellen zu nennen. Ihre Aufgabe war es, als Inhaber der Exekutivgewalt Arbeitsverpflichtungen zu erzwingen und die Lager zu betreiben, in denen Arbeitsverweigerer bestraft wurden, sowie Konzentrationslager, in denen Zwangsarbeit stattfand. Auch hier bestand eine Aufsichtsverwaltung, die zahlenmäßig größere Basis wurde aus landeseigenen Kräften gebildet. In den entsprechenden Kapiteln wird deutlich, dass der Autor die korrekte Terminologie nicht immer sicher beherrscht. „Polizeiorgane“ wird zum Teil synonym mit „Sicherheitspolizei“ verwendet, sogar mit „SS“, und die jeweiligen Zuständigkeiten werden nicht richtig definiert (Beispiele auf S. 123, 404, 422, 430).

In den Kapiteln zur faktischen Umsetzung der Arbeitseinsatzpolitik arbeitet Plath mit zwei Parametern. Er unterscheidet zwischen Bevölkerungsgruppen – Mehrheitsbevölkerung, slawischen Minderheiten, Juden, Roma und Sondergruppen – und beschreibt die Folgen für die Betroffenen jeweils chronologisch. Dabei ist zunächst der zunehmende Mangel an Arbeitskräften zu beobachten. Während es 1941 teilweise noch Arbeitslosigkeit gab, verschärfte sich die Mangellage spätestens 1942 durch wachsende Anforderungen von Arbeitskräften für die Kriegs- und sonstige Produktion und von Männern für die Waffen-SS, Schutzmannschaften und andere Einheiten. Parallel zu dem Mangel steigerten sich die Zwangsmaßnahmen bis 1943 zum Versuch der „totalen Erfassung“ (S. 290). Zugleich nahmen Ineffizienz und Kontrollverlust zu (S. 291). Eine zweite Entwicklungslinie betrifft die Stimmung der einheimischen Bevölkerung. Diese war 1941 verbreitet positiv, wurde jedoch 1942 aufgrund der deutschen Zwangsmaßnahmen und der schlechten Versorgungslage zunehmend negativ. 1943/44 zeitigte die Erkenntnis, dass die Deutschen den Krieg nicht gewinnen würden, zwei gegensätzliche Reaktionen: zum Teil weitere Verweigerung und Abwarten auf das Kriegsende, in anderen Regionen – angesichts der Gefahr einer zweiten sowjetischen Besetzung – erneute Bereitschaft zur Kooperation mit den Deutschen.

Die Auswirkungen der Arbeitseinsatzpolitik auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen waren sehr unterschiedlich: Die Mehrheitsbevölkerung blieb vom „Reichseinsatz“, also der Deportation zur Zwangsarbeit in Deutschland, verschont. Dagegen wurden slawische Minderheiten in Lettgallen und im Wilna-Gebiet als Zwangsarbeiter nach Deutschland geschafft.

Dazu kamen ab 1943/44 auch Russen, die im Zuge des deutschen Rückzugs zwangsevakuert worden waren. Auf Grund unterschiedlicher Intentionen kam es zu einem Zusammenwirken von deutschen und landeseigenen Institutionen mit dem Ziel, die Forderungen Sauckels abzuwehren und keine Arbeitskräfte außer Landes zu bringen. Eine Rechtfertigung hierfür bot die Bedeutung der „Organisation Todt“ und einiger Produktionsstätten im RKO sowie die Wichtigkeit der Werbung für spätere Aushebungen von SS-Divisionen in Estland und Lettland. Dazu kam eine rassistisch grundierte negative Einstellung sowohl der deutschen als auch der landeseigenen Behörden gegenüber slawischen Gruppen. (Man kennt diese Haltung von landeseigenen Behörden auch in anderen Bereichen, wie dem Umgang mit freigelassenen ukrainischen Kriegsgefangenen.) In Litauen scheiterte die Aufstellung von Waffen-SS-Einheiten, was die Vorurteile der deutschen Seite hinsichtlich einer Minderwertigkeit der Litauer weiter nährte und zu härteren Methoden der Arbeitseinsatzpolitik führte.

Wie schon häufiger dargestellt, geht die Vernichtungspolitik gegen Juden über den Rahmen der Arbeitseinsatzpolitik hinaus, da sie zwar zeitweise den Bedürfnissen des Arbeitseinsatzes folgte, der absolute Vernichtungswille aber immer im Hintergrund stand. Nach einer ersten Welle von Massenmorden im ganzen Baltikum durch die Sicherheitspolizei und ihre Helfer folgten in Lettland und Litauen Ghettoisierungsphasen, in denen die Zivilverwaltung Arbeit organisierte. 1943 kam der Befehl Himmlers, alle Ghettos aufzulösen und die Arbeitsfähigen in Konzentrationslager zu schaffen. Kriegswirtschaftlich gesehen, war hier das KZ Vaivara wichtig, das der Ölschiefergewinnung durch die „Baltöl“ in Estland diente. (Plath weist mehrfach auf die Wichtigkeit der Baltöl hin, so auf S. 167. Es verwundert deshalb, dass er deren Aktenhinterlassenschaften in Tallinn nicht konsultiert hat.) Auch bei der Verfolgungsgeschichte der Roma ist der Arbeitseinsatz nur ein Nebenaspekt. Plaths Kapitel über die Roma befindet sich allerdings nicht ganz auf der Höhe der Forschung.

Das Buch weist gewisse Schwächen im Umgang mit strukturellen Fragen auf, wobei oft der arbeitspolitische Aspekt überbetont wird. Das zeigt sich zum Beispiel in der Annahme, dass die Sicherheitspolizei aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen möglichst viele Arbeitskräfte in ihren Lagern habe konzentrieren wollen (Beispiele auf S. 113, 117 f., 123). Dies war nicht der Fall; die von der Sicherheitspolizei betriebenen Lager im Baltikum dienten vornehmlich als Repressionsinstrumente und nicht der wirtschaftlichen Produktion. Die Sicherheitspolizei errichtete überall in ihrem Einflussgebiet Lager, die denselben Zielen dienten, aber die verschiedensten Bezeichnungen trugen (in Lettland zum Beispiel „Ersatzgefängnis“). Die für Estland ab 1942 verwendete Bezeichnung „Arbeitserziehungslager“ (AEL) ist irreführend, weil diese Lager nicht den AEL im Reich entsprachen und der Begriff vom zuständigen Kommandeur der Sicherheitspolizei nur gewählt wurde, um sie dem Einfluss des SS-Wirtschafters/WVHA zu entziehen. Plath weist zwar am Ende eines Abschnitts (S. 122) auf diesen Umstand hin, bezieht ihn aber nicht in seine vorangehende Analyse ein. Ebenso zielten Partisanenaktionen auf die Bekämpfung von Partisanen und die Unterdrückung von Widerstand, auch wenn im Verlauf dieser Aktionen zunehmend die Zivilbevölkerung festgenommen und zur Zwangsarbeit deportiert wurde.

Trotz dieser Mängel stellt Plaths Arbeit einen interessanten neuen Beitrag zur Forschung dar, insbesondere aufgrund der erheblichen Quellenforschung, die der Autor betrieben hat.

Ruth Bettina Birn, Stuttgart